

Politik und Presse „Maaßlos“

Von Ralf Kusterer,
stellvertretender Bundesvorsitzender

In den vergangenen Wochen gab es mindestens zwei umfangreiche und medial aufgearbeitete Vorgänge, in denen man der Polizei vorgeworfen hat, die Pressefreiheit nicht zu respektieren und zu schützen. In dem einen Fall war es ein TV-Team, das sich ungerecht behandelt fühlte. Im zweiten Fall handelte es sich in Stuttgart nach Berichterstattung des SWR um einen Journalisten der für sein eigenes Portal schreibt, seit Jahren als Reporter vor allem auf rechten Demonstrationen unterwegs ist, immer wieder auch Ärger mit der Polizei hatte und sich selbst als Antifaschisten bezeichnet, dem der Durchlass verwehrt wurde.

Zugegeben, der Umgang mit der Presse ist nicht einfach. Und unabhängig von der Frage, wie gut man als Polizeibeamter darauf vorbereitet ist, ist da immer noch das Verlangen der Presse, zuerst den Tatort in Augenschein zu nehmen. Aber Vorwürfe wie diese versanden doch spätestens dann, wenn man aus all den Pressemitteilungen, Zeitungen und Nachrichten die Meldungen der Polizei, die sie den Medien zur Verfügung stellt, herausstreicht. Welche Zeitung, welcher TV-Sender ist noch kaufens-, lesens- und verfolgenswert, wenn man die Polizeimeldungen herausstreicht? Ist es nicht so, dass die Polizei mit dazu beiträgt, dass Zeitungsverlage und Medienhäuser überleben und gutes Geld machen können? Zugegeben auch im eigenen Interesse und auch im Interesse einer gelebten Pressefreiheit. Was immer auch Freiheit in diesem Zusammenhang bedeutet. Pressearbeit ist nicht nur freie und unabhängige Berichterstattung, wie man sie in Deutschland

vorfindet, sondern in allererster Linie schon seit Langem ein knallhartes Geschäft, in dem es um Geld und ums Überleben geht.

► Fakten versus Meinung

Wer in den vergangenen Tagen die Berichterstattung um Chemnitz betrachtet hat, der findet sich ungeachtet der Tatsache, dass es dort weder etwas zu verharmlosen gilt noch etwas zu verteidigen gibt, mitten auf der Straße der Skandalisierung wieder. Politisches Geplänkel, das fast mindestens so abstoßend wirkt, wie das, was wir dort gesehen haben. Forderungen nach Gesprächen mit solchen, die sich dort in einer Art und Weise verhalten haben, die klar als Gesetzesverstöße erkennbar sind. Wo leben wir denn eigentlich? Wollen wir jetzt mit Ladendieben, Einbrechern und Schlägern irgendwelche Stuhlkreise veranstalten? Wer sich so gesetzeswidrig verhält, darf nur mit einem Gesprächspartner reden – dem Staatsanwalt und dem Richter. Und in klarer Linie später mit seinem Strafvollzugsbediensteten. Und das gilt auch für all diejenigen, die irgendetwas mit ihrem Amts Eid nicht verstanden haben. Ja, es gibt durchaus auch Menschen, deren Zukunft besser außerhalb des öffentlichen Dienstes stattfindet. Klare Linie – auch an dieser Stelle.

Nahezu in unmittelbarer, zumindest zeitlicher Folge, konnten wir in den Medien dann auch verfolgen, wie zumindest eine ehemalige Volkspartei demonstrierte, wie es ist, aus der Bundesliga in die Kreisliga C abzustiegen. Oder waren es zwei Volksparteien? Wo kommen wir hin, wenn diejenigen, die rech-



► Ralf Kusterer

ten Parteien vorwerfen, sich nicht an Fakten zu halten und mit falschen Fakten Menschen in die Irre zu leiten, selbst sich nicht mehr an Fakten halten? Wer, wenn nicht staatliche Institutionen haben gerade dann die Aufgabe, sich nur, und zwar ausschließlich, an Fakten zu halten und nur solche zu verbreiten, von denen sie sicher sind, dass diese Fakten belegbar sind. Wer dieser These zustimmt, der kann an den Äußerungen des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur unklaren Bewertung eines Mitschnittes keinen Fehler feststellen. Aber weil dessen Äußerungen so überhaupt nicht in die Fakten- und Bewertungswelten der Presse und einiger Politiker, die sich ihre Meinung vermutlich ausschließlich durch Medienberichte bilden, passen, traf ihn die Welle einer Enttarnung. Und in erster Linie derjenigen, die vermutlich auch nur nach dem Hörensagen sich Meinungen bilden und bereit sind, ihre Urteile schonungslos über andere auszubreiten. Ehrlich gesagt – und das darf man ruhig erkennen – mich hat das „maaßlos“ aufgeregt. Das i-Tüpfelchen hat dabei sogar eine Pastorin gesetzt, die im „Wort zum Sonntag“ in einer Art und Weise „maaßlos“ über einen Menschen geurteilt hat, dass es mir als bekennendem

und aktivem Christen die Sprache verschlug. Wo leben wir denn, wenn Amtsträger der Kirche ihre Redezeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen dazu missbrauchen persönliche politische Einstellungen zu verkünden und einfache christliche Werte und Tugenden mit Füßen treten. „Wer frei ist von Sünde – werfe den ersten Stein.“

Zugegeben, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist ein politischer Beamter. Da mögen eigene Gesetzmäßigkeiten gelten. Aber bei einem „normalen“ Beamten hätte das, was wir da erlebt haben vermutlich noch nicht einmal dafür gereicht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Geschweige denn zu einer Versetzung oder Umsetzung. Und schon gar nicht zu einer Entlassung. Ich meine, man wäre gut beraten, auch in solchen Fällen die Gesetze und Rechtsprechung anzuwenden, wie dies bei Beamten im Allgemeinen anzuwenden ist. Das gilt übrigens auch für viele andere Lebensbereiche. Wenn Politiker sich dem unterordnen, was für viele andere Menschen gilt, die eben nicht Politiker sind, wird mit Sicherheit die Akzeptanz der politischen Entscheidungen eher vorhanden sein, als wenn Politiker ihre eigenen Wert- „maaßstäbe“ festlegen. ■